Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 18.10.2007 um 18.30 Uhr in der Aula der Friedrich-Bernbeck-Schule

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:
Bürgermeister Böhm
Stadtrat Lux
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker (ohne Ziffern 5 und 6)
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein
SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke (ohne 6)
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Sagol
UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Ferenczy (bis 20.30 Uhr, Ziffer 4)
Stadtrat E. Müller
Stadtrat Lorenz
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ab 18.50 Uhr, Ziffer 1)
FW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp
KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp
ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt
„parteilos“
2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Lepelmann
Assessorin Ingrisch
Herr Most, Geschäftsführer Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Herr Wirth, stellv. Vorsitzender Stadtmarketingverein (Ziffer 1)
Oberamtsrat Schwarz (Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Arayici
Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadträtin Schwab den Antrag, den Punkt 4 der Tagesordnung „Errichtung einer Anlaufstelle für Jugendliche in der Siedlung; Antrag der ödp; weiteres Vorgehen“ abzusetzen, da aufgrund der Beratung in nichtöffentlicher Sitzung festgestellt wurde, dass einige Punkte noch zu klären seien.
Ihrer Auffassung nach sollte man erst nach Klärung dieser Punkte die Angelegenheit abschließend behandeln. Gleichzeitig bittet sie in diesem Zusammenhang, dass die Maßnahme Soziale Stadt vorangetrieben werde. Sie weist aber auch darauf hin, dass sie mit diesem Antrag nicht den Bedarf der Anlaufstelle in der Siedlung anzweifle.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag von Stadträtin Schwab. Die Gegner des Antrages stellen fest, dass bis zur Klärung der genannten Punkte (Soziale Stadt, mögliche Förderung) noch viel Zeit beansprucht werden könnte. Die Befürworter geben zu Bedenken, dass man eine mögliche Förderung nicht außer Acht lassen sollte

Mit 27 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Heisel wird stattgegeben.

Mit 17 : 10 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Angelegenheit abzusetzen.

1. Weinfeste 2008 ff.;
   hier: Präsentation der Rahmenbedingungen des Stadtmarketing-Vereins für die Vergabe

   A. Herr Wirth, stellvertretender Vorsitzender des Stadtmarketingvereins geht anhand einer Präsentation auf das Konzept des Weinfestes 2008 ein und stellt die verschiedenen Abschnitte des Geländes (Strand, Bocksbeutelbar, Verkaufsanlagen, Synagogenplatz, Bühne auf dem Main, Spielplatz) ein und erklärt, wie diese im Einzelnen gestaltet werden könnten. Er weist darauf hin, dass der Stadtmarketingverein das Konzept für das Weinfest 2008 gerne verwirklichen würde und stellt dar, dass man hiermit alleine die Interessen der Stadt und nicht die Interessen des Vereins verfolge. Er weist auch darauf hin, dass im Jahr 2009 bei einer evtl. Umgestaltung der Mainpromenade ein anderer Standort für das Weinfest gesucht werden müsste. Abschließend stellt Herr Wirth die Kostensituation dar und erklärt, dass man derzeit eine Kostenunterdeckung von 9.700,00 € habe, da man sich im Konzept auf das Nichterheben eines Eintritts ausgesprochen habe.
   Stadtrat Straßberger regt hinsichtlich der Umgestaltung der Mainpromenade an, diese dergestalt zu planen, dass das Weinfest dennoch an diesem Platz stattfinden könnte.
   Stadtrat Lux als Fremdenverkehrsreferent weist darauf hin, dass man das Weinfest 2008 dem Stadtmarketingverein vergeben sollte, wenngleich er feststellt, dass sich hiermit der Verein sehr viel vorgenommen habe.

   B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. Gruppen:

      a) CSU-Stadtratsfraktion:
      Stadtrat Weiglein verweist auf den Grundgedanken der Konzeption des Stadtmarketingvereins (Werbeträger und Imagegewinn) hin und stellt fest, dass man dies mit dem vorgestellten Konzept erreichen könnte Die CSU spricht sich für alle Teile des

Konzepts sowie die Durchführung durch den Stadtmarketingverein im Jahr 2008 aus.

b) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene ist vom Konzept des Stadtmarketingvereins überzeugt und ist der Auffassung, dass man dem Verein aufgrund dieser Vorarbeit die Durchführung des Weinfestes 2008 übertragen sollte. Er weist auch darauf hin, dass man nach den Erfahrungen des Weinfestes 2008 ebenfalls eine Ausschreibung durchführen könnte.

c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Müller stellt fest, dass der Stadtmarketingverein ein hervorragendes Konzept vorgelegt habe, mit dem man die erwünschte Verbesserung des Kitzinger Weinfest auch erreichen könnte. Er gibt aber zu Bedenken, dass die Kosten um 10.000 € höher liegen als beim vorherigen Betreiber. Er könnte sich vorstellen, dass man dem Stadtmarketingverein die Durchführung des Weinfestes überträgt, dieser es jedoch in Eigenregie betreiben müsse.

d) FW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass eine Aufwertung des Kitzinger Weinfest dringend nötig sei, was man mit diesem Konzept auch erreichen könnte. Weiter weist sie darauf hin, dass die Neuanschaffungen (Hütten und Lauben) dringend nötig seien. Sie ist der Auffassung, das Weinfest 2008 auszuschreiben und weist darauf hin, dass der Stadtmarketingverein sich gleichfalls hierfür bewerben könnte.

e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp spricht sich für eine Ausschreibung des Weinfestes 2008 aus und erklärt, dass sinnvollerweise die Kitzinger Winzer sich hierfür bewerben sollten. Er plädiert jedoch dafür, dass das Konzept des Stadtmarketingvereins als Grundlage hergenommen werden sollte.

f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stellt fest, dass der Stadtmarketingverein ein sehr gutes Konzept für die Aufwertung des Kitzinger Weinfest erarbeitet habe. Ihrer Auffassung nach sollte die Stadt Kitzingen nicht als Veranstalter auftreten. Bei einer Vergabe an den Stadtmarketingverein spricht sie sich für eine Kostendeckelung aus, ansonsten befürworte sich eine Ausschreibung.

C. Stadträtin Dr. Endres-Paul weist hinsichtlich der Ausschreibung und einer möglichen späteren Vergabe an einen privaten Betreiber darauf hin, dass dieser verpflichtet sei, das Weinfest profitabel abzuschließen. Der Stadtmarketingverein hingegen habe keine Gewinnerzielungsabsichten.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das Weinfest 2008 und über die möglichen Kosten, worauf Stadtrat Müller hinweist, dass man dem Stadtmarketingverein das Weinfest 2008 mit einem gedeckelten Budget in Höhe von 18.000,00 € (8.000,00 € Bauhofskosten und 10.000,00 € Defizit) übertragen sollte. Er weist auch darauf hin, dass ein Defizit darüber hinaus nicht übernommen werden sollte.
Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins erklärt, dass der Stadtmarketingverein für eine evtl. entstehendes Defizit, dass über die bisherigen Leistungen der Stadt hinausgehe, selbst aufkommen werde.

D. **Mit 27 : 0 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Heisel wird stattgegeben.

E. Oberbürgermeister Moser bittet den Beschluss dahingehend zu verändern, dass der Stadtmarketingverein für die Durchführung des Weinfestes 2008 ein Budget in Höhe von 18.000,00 € erhält. Gleichzeitig bittet er um Aufhebung des Beschluss vom 26.07.2007, laut dem nach der Erstellung des Konzeptes durch den Stadtmarketingverein eine Ausschreibung erfolge.

F. **Mit 26 : 2 Stimmen**

Es besteht Einverständnis den einstimmigen Beschluss des Stadtrates vom 26.07.2007

„Der Stadtmarketingverein wird aufgefordert neue Rahmenbedingungen für die Vergabe des Kitzinger Weinfestes ab 2008 auf der Basis seines Antrages vom 17.07.2007 im Stadtrat in der Sitzung am 20.09.2007 vorzustellen.
Auf dieser Basis soll anschließend eine Ausschreibung erfolgen."

aufgehoben wird.

G. **Mit 25 : 3 Stimmen**

1. Von der Präsentation und dem Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die Stadt Kitzingen erbringt die Leistungen, die im Konzept des Stadtmarketing-Vereins als Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit des Weinfestes genannt sind. Dies sind insbesondere:
   - Die Anschaffung bzw. der Bau neuer Hütten und Lauben, die sowohl für das Weinfest als auch für den Weihnachtsmarkt, das Brückenfest und zu anderen Gelegenheiten genutzt werden können.
   - Die Instandsetzung / Renovierung der „Bocksbeutelbar" (Wände, Boden, Decke, Holzbalken)
   - Die notwendigen Bauhofleistungen für Auf- und Abbau (Hütten, Werbetafeln- und –banner, etc.) sowie die tägliche Reinigung des Festgeländes.

3. Das (modulare) Weinfestkonzept des Stadtmarketing-Vereins wird als Gestaltungsvorgabe des Kitzinger Weinfestes beschlossen.

4. Die Stadt Kitzingen ist Veranstalter des Kitzinger Weinfestes und beauftragt den Stadtmarketing-Verein, das Weinfest 2008 im Namen der Stadt Kitzingen durchzuführen. Dazu wird im Haushalt 2008 ein Budget in Höhe von 18.000,00 € bereitgestellt. Die vorgesehenen Module an geeignete Betreiber vergeben. Die Vergabe des Weinfestes für die Folgejahre wird nach dem Weinfest 2008 neu beraten.

H. Stadtrat Popp gibt zu Protokoll, dass er den Punkten 1 – 3 hätte zustimmen können, er sich jedoch für eine Ausschreibung des Weinfestes ausgesprochen habe.

2. Kommunalwahlen am 02.03.2008;
Durchführung der Wahlwerbung auf öffentlichen Straßen und Plätzen
Antrag der KIK vom 05.10.2007

Mit 24 : 4 Stimmen

1) Mit der Aufstellung von Dreieckständern bzw. ähnlichen Werbeträgern auf öffentlichem Grund darf nicht vor dem 07.01.2008 begonnen werden.

2) Werbeanlagen von Veranstaltern, Vereinen etc., deren Aufstellung vor dem 07.01.2008 genehmigt wurde, dürfen für die Wahlwerbung nicht genutzt werden und sind abzubauen.

3) Eine Beschränkung der Parteien und Wählergruppen auf 100 Werbetafeln wird nicht vorgenommen.

4) a) Im Bereich des Marktplatzes sowie in Blumenbeeten und in den Grünanlagen gegenüber dem Alten Friedhof und am Falterturm wird Wahlwerbung nicht zugelassen.

b) Wahlwerbung am Geländer der Konrad-Adenauer-Brücke und an Freistecken der Bundesstraße 8 bzw. an Staatsstraßen wird ebenfalls nicht zugelassen. Die Wahlwerbung ist vielmehr auf die Straßenstrecken innerorts von Ortstafel zu Ortstafel zu beschränken.

3. Aussetzung der Stellplatzablöse im Bereich Altstadt;
Ablauf oder Beschluss über Verlängerung

A. **Mit 26 : 2 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die Satzung über die Stellplatzablöse im Bereich Altstadt (Grenzen: Hindenburgring West, Hindenburgring Nord, Main, Hindenburgring Süd) weiter – bis Oktober 2012 – auszusetzen

B. Stadtrat Popp gibt zu Protokoll, dass er gegen den Beschlussvorschlag gestimmt hat, da die Fragen, die er an die Stadtverwaltung gerichtet habe, nicht beantwortet wurden.
Dipl. – Ing. Lepelmann weist darauf hin, dass die Antwort an die Stadträte übermittelt werde.

4. Natur in Kitzingen/Grün in Kitzingen
Hier: Begrünung entlang der B 8 (Bereich Siedlung)

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht kurz auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent stimmt dem Vorhaben zu.
Herr Besch geht im Folgenden auf verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten des Grünstreifens ein.
2. Bürgermeisterin Gold spricht sich aufgrund der Gestaltung gegen die Begrünung des Mittelstreifens aus und befürwortet die Bepflanzung des Seitenstreifens, was ihrer Auffassung nach sinnvoller wäre.
Stadtrat Weiglein spricht sich für die Integrierung von Bodenhülsen aus, um hiermit durch die Anbringung von Fahnen für Veranstaltungen werben zu können.
Herr Besch sagt dies zu. Bezüglich einer Pflanzung des Seitenstreifens weist er darauf hin, dass dies aufgrund der darin liegenden Versorgungsleitung kaum umzusetzen sei.
Stadtrat Schmidt fragt nach, ob diese Planung mit den örtlichen Rettungsdiensten (Feuerwehr, BRK) abgestimmt sei und gibt zu Bedenken, dass dieser Streifen für eine

Rettungsfahrt - gegenüber dem jetzigen Zustand - hinderlich sein könnte. Er ist der Auffassung, dass die Begrünung zwar nötig sei, jedoch sinnvollerweise am Seitenstreifen entstehen sollte.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die mögliche Begrünung des Mittelstreifens und die damit verbundene Problematik der Rettungsdienste. Die Stadträte kommen mehrheitlich überein, dass der Mittelstreifen eine Möglichkeit sei, eine Verbesserung in diesem Bereich zu erhalten, bitten aber gleichzeitig, dass die Maßnahme mit dem Straßenbauamt abgestimmt werde (u. a. Rettungsdienste).
Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. **Mit 27 : 0 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. **Mit 22 : 5 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Das Projekt „Gestaltungsmaßnahme Ortseinfahrt Nürnberg“ wird in der vorgesehenen Form weiterverfolgt (max. Höhe 60 cm). Mit dem Straßenbauamt ist eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen

5. Konversion
ISEK
Nebenbahn Kitzingen-Etwashasusen/Schweinfurt

A. **Mit 25 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Für die Entwicklung der Stadt Kitzingen ist die Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur und des Betriebes der Nebenbahn Kitzingen/Etwashausen-Schweinfurt von besonderer Bedeutung.
Die Stadt spricht sich daher für den Erhalt der Strecke aus.

B. Stadtrat Popp gibt zu Protokoll, dass er dagegen gestimmt habe, da man die Kosten nicht kenne und man auch nicht wüsste, wie es damit in Zukunft weitergehe.
Stadtrat Müller weist darauf hin, dass bereits in der Sitzung des Finanzausschusses dargelegt wurde, dass es hierbei nicht um Kosten, sondern lediglich um die grundsätzliche Entscheidung gehe.

6. Konversion
ISEK
ÖPNV - Verkehrsanbindung/Marshall Heights

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Eine Anbindung des Entwicklungsbereichs Marshall Heights an den ÖPNV wird derzeit nicht weiterverfolgt.

7. Konversion
ISEK
Antrag Runte und Fahrschule Müller Kitzingen

auf Errichtung einer Berufsfachschule für Kraftfahrer im Bereich Larson

A. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass der Finanzausschuss das Ansinnen des Herrn Runte abgelehnt habe, die Verwaltung sich hinsichtlich alternativer Standort nochmals mit Herrn Runte in Verbindung setzen werde.
Stadtrat Müller stellt fest, dass Herr Runte für die Berufsfachschule für Kraftfahrer einen Bereich in den Larson anmieten möchte. Seiner Auffassung nach sei eine Kollision zu einer späteren Nutzung nicht gegeben. Man sollte mit der BImA sprechen, damit eine Vermietung an Herrn Runte möglich gemacht werde. Er schaffe hiermit 30 - 40 Arbeitsplätze.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass das Vermieten des Geländes nicht das Problem wäre, sondern dieses vielmehr in der Erschließung des Areals liege. Man müsse Vorraussetzung bzgl. Kanal, Storm und Wasser schaffen.
Stadtrat Müller bittet über diesen Punkt keinen Beschluss zu fassen und nochmals mit Herrn Runte bzgl. einer möglichen Umsetzung seines Vorhabens zu reden.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, nochmals mit Herrn Runte diesbezüglich Gespräche zu führen, verweist aber auch auf das Ergebnis der ISEK Steuerungsgruppe, laut dessen hierfür gegenwärtig keine geeigneten Konversionsflächen zu Verfügung stünden.

B. **Ohne Abstimmung**

Es besteht Einverständnis, dass die Verwaltung nochmals Gespräche mit Herrn Runte führt, um zu einer Lösung zu gelangen.

8. Budgetabrechnung der Steuerverwaltung für das Haushaltsjahr 2006

Ohne Abstimmung

Der Budgetüberschuss in Höhe von 1.626,56 € aus dem Haushaltsjahr 2006 wird zu 70 Prozent (= 1.139,00 €) auf das Budget 2007 übertragen.

9. Städtische Wohnung – Sanierung Wörthstraße 42

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung.
Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass das Gebäude für den Bedarf der Stadt Kitzingen unwirtschaftlich sei. Weiter bemängelt er, dass bei diesem Beschlussvorschlag die energetischen Aspekte außer Acht gelassen werden. Nachdem man dieses Anwesen lange vermieten müsste, um die Kosten einer Umbaumaßnahme wieder zu erwirtschaften spricht er sich für den Verkauf des Anwesens aus und bittet es zunächst am Markt anzubieten.

B. **Ohne Abstimmung**

Es besteht Einverständnis damit, dass die Veräußerung des Gebäudes durch die Verwaltung geprüft und ggf. vorbereitet werde.

10. Geplante World Press Photo-Ausstellung 2007
27.01. bis 16.02.2008 in der Rathaushalle

Mit 26 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht Einverständnis, die Ausstellung World Press Photo 2007 in der Zeit von 27.01. bis 16.02.2008 in der Rathaushalle durchzuführen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die erwarteten Kosten in Höhe von 15.000,00 € möglichst durch Sponsoren zu decken.

<u>Oberbürgermeister Moser</u> schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.

gez. gez

Oberbürgermeister Protokollführer